

Münchener Merkur

AUSGABE MÜNCHEN SÜD

MONTAG, 18. MAI 2020

€ 2,20

Corona leert die Rentenkasse

Beiträge dürften bald steigen – Milliardenlast für Bund absehbar

München – Die Rentenkasse steuert in der Corona-Krise nach Einschätzung von Ökonomen auf ein großes Finanzloch zu. Ursachen sind der rasante Anstieg der Kurzarbeit und die wachsende Arbeitslosigkeit, die die Beitragseinnahmen sinken lassen werden. Da die Renten nicht gekürzt werden dürfen und die Bundesregierung die Höhe des Beitrags auf maximal 20 Prozent deckeln will, wird nach Einschätzung des Rentenexperten Axel Börsch-

Supan der Bund die Lücke füllen müssen.

„Die Bundeszuschüsse müssen wahrscheinlich schon 2022/23 in zweistelliger Milliardenhöhe steigen“, sagte der Direktor des Munich Center for the Economics of Aging am Max-Planck-Institut. Aus der Steuerkasse fließt jetzt schon sehr viel Geld: Insgesamt 72 Milliarden musste der Bund 2019 zuschießen.

Derzeit liegt der Rentenbeitrag bei 18,6 Prozent, die Große

Koalition will diesen bis 2024 stabil halten. Im März nahm die Rentenversicherung 19,5 Milliarden Euro Beiträge ein, nach 20,2 Milliarden im Februar und 20,3 Milliarden im Januar, wie Sprecher Dirk Heide mitteilt. Außerdem war Ende März die Rücklage noch mit gut 38 Milliarden Euro gefüllt.

Doch was viel klingt, ist nicht viel: Die Ausgaben der Rentenversicherung summieren sich 2019 auf 319 Milliarden Euro – im rechnerischen

Schnitt 26 Milliarden pro Monat. Der Versicherungskonzern Allianz schätzt, dass die Rentenversicherung in diesem Jahr acht Milliarden Euro weniger einnehmen wird.

Die Bundesregierung hat sich jedoch verpflichtet, den Rentenbeitrag bei 20 Prozent zu deckeln. „Wahrscheinlich werden wir schon im nächsten Jahr die Haltelinie von 20 Prozent erreichen“, sagt Börsch-Supan. „Wir stehen erst am Anfang der Rezession.“

Nicht nachvollziehbar

Corona leert die Rentenkasse; Titelseite 18. Mai

Die Begründung hierzu, Kurzarbeit und steigende Arbeitslosenzahlen, ist nicht nachvollziehbar. Während der Kurzarbeit werden die vollen Beiträge entweder aus dem noch bezahlten Entgelt sowie dem fiktiven Lohn, welcher der Berechnung des KUG zugrunde liegt, abgeführt. Egal ob nun vom Arbeitgeber alleine getragen oder hälftig aufgeteilt. Auch aus dem ALG werden Beiträge an die Rentenversicherung durch die Agentur für Arbeit abgeführt. Zudem liegt die Arbeitslosigkeit im Jahresvergleich im Augenblick circa 1 % höher. Wenn jetzt bereits Engpässe auftreten, dann gnade uns Gott bei einer längeren Rezession. Wenn die Rentenexperten

jetzt dies als wahrscheinlich für die Zeit ab 2022 annehmen, ist dies ungeschickt, zum jetzigen Zeitpunkt weitere Ängste zu schüren.

Walter Amann
Aufkirchen

An den Sozialausgaben wird gespart! Immer, wenn das Geld in der Staatskasse knapp wird, wollen die Rentenexperten an der Rentenschraube drehen. Sie verlangen Rentenkürzungen bzw. Aussetzung der Erhöhungen und prangern die angeblich so hohen Bundeszuschüsse an. Bei den Bundeszuschüssen wird wissentlich unterschlagen, dass es sich nicht um Zuschüsse handelt, sondern dass hier Leistungen finanziert werden, welche der Bund per Gesetz für gesamtgesellschaftliche Aufgaben beschlossen hat: Mütterren-

te, West-Ost-Transfer usw. Für diese Aufgaben wurden auch keine Beträge in die Rentenkasse einbezahlt. 2019 betrug diese versicherungsfremden Leistungen 110 Milliarden Euro. Der Bund hat diese aber nur mit 72,3 Milliarden Euro Bundeszuschuss beglichen. Somit haben wir einen Fehlbetrag von 37,7 Milliarden, welcher über die Rentenbeiträge finanziert und den Rentnern vorenthalten wurde. 37,7 Milliarden Euro mehr Rentenausgaben wären 13,7 % höhere Renten. Wie hat der Ex-Politiker Sigmar Gabriel zu Beginn der Corona-Krise sinngemäß gesagt: Die staatlichen Hilfen werden uns viel Geld kosten und am ehesten wird dann, wie schon immer, an den Sozialausgaben gespart.

Manfred Schmidlein
Taufkirchen

Rentenraubtheorie

Nicht nachvollziehbar
Den nimmermüden Verfechtern der Rentenraubtheorie, wie hier dem Leserbriefschreiber Schmidlein, wiederholt ins geduldige Stammbuch. Ganz wurscht, wie viel aus der Rentenkasse angeblich zu Unrecht für gesamtgesellschaftliche oder versicherungsfremde Leistungen entnommen wird, die Renten werden nicht nach Kassenlage, sondern davon unberührt und unbeirrt nach Entgeltpunkten berechnet. Mehr Geld in der Kasse gleich höhere Renten, ein nicht erfüllbarer ewiger Wunschtraum.

Dr. Helmut Sperber
München

**Kritik von
Dr. Helmut Sperber**

Der Originaltext: ",kommen die sog. Rentenexperten Raffelhüschen, Rürup, Börsch-Supan und Co mit klugen Ideen und wollen an der Rentenschraube drehen.", wurde vom MM gekürzt auf: ",wollen die Rentenexperten an der Rentenschraube drehen."

Leere Rentenkassen?

Alexander Weber:
Merkel & Macron:
Europa gemeinsam wieder aufbauen; Politik 19. Mai, Corona leert die Rentenkasse; Titelseite 18. Mai

Leere Rentenkassen durch Corona? Der Rentenexperte Börsch-Supan, als Experte der Rentenkommission, schätzt ein, dass durch die Corona-Krise die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit steigen und dadurch die Beitragseinnahmen sinken. Da hat er wohl Recht, der Experte. Dass aber der Bund die Lücke füllen müsse (für die Rente) und die Bundeszuschüsse 2022/23 deswegen in zweistelliger Milliardenhöhe steigen werden, ist schlicht und einfach falsch.

Denn für die Renten gibt der Bund keinen müden Cent dazu, dafür reichen die Beiträge der Arbeitnehmer/Arbeitgeber voll und ganz aus! Der Bundeszuschuss ist für versicherungsfremde Leistungen, die der Bund der GKV, der gesetzlichen Rentenversicherung aufs Auge gedrückt hat, bestimmt. Diese Leistungen müssten aus

Steuermitteln aufgebracht werden und nicht aus der Rentenkasse. Nur gleicht der Bund diese Leistungen auch noch nicht einmal in voller Höhe aus, es fehlen nämlich jährlich 15 bis 20 Milliarden Euro. Das hat sich seit 1957 auf über 800 Milliarden Euro summiert. Damit bedient sich der Staat an unseren sozialversicherungspflichtigen Beiträgen, als ob dies öffentliche Steuermittel wären. Das hat das Bundesverfassungsgericht in drei Urteilen entschieden.

Mit diesen Urteilen wurde jedoch und wird weiterhin in elementare Grundgesetzrechte eingegriffen. Dagegen darf der Staat in die Beamtenpensionen, in die Altersversorgung der Politiker, der Freiberufler und der Selbstständigen nicht eingreifen! Und das bedeutet, dass zwangs- und pflichtversicherte Arbeitnehmer einen Teil der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben allein tragen. Daran beteiligt sich kein Politiker, kein Beamter, kein Freiberufler!

Siegfried Pielsticker
Rentner, Bad Aibling

Sollten die Pläne von Macron und Merkel Wirklichkeit werden, wäre die Transferunion, also eine gigantische Geldumverteilungsmaschine von Nord nach Süd, offiziell installiert. In Paris und Rom dürften aus Vorfreude die Champagner bzw. Proseccokorken so laut geknallt haben, dass man es bis nach Berlin gehört haben müsste. Kaltblütig und geschickt nutzten Macron und Conte den Vorwand der Corona-Pandemie, um ihr altes Ziel zu erreichen. Bundeskanzlerin Merkel, bisher immer gegen die Transferunion, gab wieder einmal zulasten Deutschlands nach. Die erste und bestimmt nicht die letzte Tranche soll 500 Milliarden Euro betragen. Deutschland würde mit 135 Milliarden Euro zur Kasse gebeten. Dabei zeigte sich Europa schon überaus großzügig. Zur Bewältigung der Corona-Krise stellt die EU, rechnet man alle Hilfsprogramme zusammen, die gewaltige Summe von 1290 Milliarden Euro an sehr günstigen Krediten zur Verfügung. Warum wartet man nicht ab, bis dieses Geld

vernünftig ausgegeben wird, und entscheidet erst später über möglicherweise zusätzlich nötige Hilfe? Die Antwort ist einfach: Weil es sich hierbei um, wenn auch noch so günstige, Kredite handelt, die eines fernen Tages zurückbezahlt werden müssen. Das ist zwar gerecht, aber aus französischer und italienischer Sicht unschön. Direkte Zuschüsse sind aus deren Sicht viel besser. Damit lassen sich nämlich im eigenen Haushalt Mittel freisetzen, um einerseits üppige Sozialleistungen, zum Beispiel Frühverrentungen in Frankreich, Bürgergeld in Italien, zu finanzieren und andererseits ein gigantisches Modernisierungsprogramm für die eigene Volkswirtschaft aufzulegen, um die Konkurrenzfähigkeit gegenüber der deutschen Wirtschaft entscheidend zu verbessern. Begründet wird die Transferunion oft mit dem Hinweis, dass es Deutschland nur dann gut gehen würde, wenn es auch unseren europäischen Nachbarn gut ginge.

Ludwig Mailinger
Miesbach

Es ist unglaublich, wie viel Geld die BRD hat. Allein wenn man bedenkt, was dem Steuerzahler der ungeheure Flüchtlingsstrom und dessen Folgen gekostet hat. Wenn in Südamerika ein Museum in Flammen aufgeht, stellt Frau Merkel eigenmächtig eine Soforthilfe von einer Million Euro zur Verfügung. Ein Andi Scheuer fährt geschwind mal mit seiner nicht durchsetzbaren Lkw-Maut fünfhundert Millionen Euro an die Wand. Und scheitert sofort beim nächsten Projekt, der Umsetzung des neuen Bußgeldkataloges. Jetzt in der Corona-Krise werden wieder Milliarden-Hilfen zugesagt, von denen kein Mensch weiß, wie diese finanziert werden sollen. Wo bleibt da der Rentner? Wie kann man es vereinbaren, dass man den Kindergeldsatz auf sechshundert Euro pro Kind erhöhen möchte, und manch Rentner nicht einmal so viel Rente hat? Man muss sich in Zukunft nicht mehr den Kopf zerbrechen wie man eine Mindestrente finanziert, wenn man doch genau weiß, dass in spätestens zwanzig Jahren die Einheits-

rente von eintausend Euro kommt! Da bekommt dann jeder, egal wie lange und wie viel er einbezahlt hat, dasselbe. Das ist doch mal gerecht!? Ganz im Sinne der Volkspartei SPD. Meine Mutter war über siebzig Jahre lang Mitglied dieser Partei. Ich würde mich schämen, für diesen Saufhaufen meine Stimme abzugeben. Herr Schröder bedient sich aus den Kassen von Gazprom, Herr Beck arbeitet für die Wirtschaft, Herr Steinbrück konnte nur nach total überhöhten Gagen für die Wirtschaft auftreten und Frau Nahles kassiert nun bei ihrer neuen Tätigkeit einhundertfünfzigtausend Euro Jahresgehalt! Mit dem lieben Gruß an die Rentnerschaft: Fresse halten!

Ein Helmut Schmidt würde sich im Grabe umdrehen, wenn er wüsste, welche geldgierige und ordinäre Genossen ihm folgen. Da wundert es nicht, dass die ehemalige Volkspartei prozentual bald unter AfD-Niveau rutscht. Zum Schluss: für alle alles, für den Rentner nichts!

Manfred Meier
Hausham

Reaktionen auf Kritik von Dr. Helmut Sperber vom 20./21. Mai 2020

Renten-Debatte

Rentenraubtheorie; Leserforum 20./21. Mai

Natürlich hat Herr Dr. Helmut Sperber recht, dass Renten nach Entgeltpunkten berechnet werden. Aber unbeirrt und unbeirrt nach Kassenlage? Muss das Rentenniveau vom Bundestag nicht immer wieder gesenkt werden? Wer entscheidet über Beitragserhöhungen in der GRV? Ich gehe davon aus, dass Dr. Herr Sperber selbst Beamter ist und deshalb die „Rentenraubtheorie“ nicht

nachvollziehen will. Herr Siegfried Pielsticker hat dazu am selben Tag einen lehrreichen Leserbrief verfasst, der das Problem des seit Jahren unzureichenden Bundeszuschusses darlegt. Diese sogenannten versicherungsfremden Leistungen (gibt es auch in der GKV) werden nur den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern belastet, obwohl sie aus Steuermitteln und damit von allen Steuerzahlern zu tragen wären.

Rüdiger Stöhr
Dachau

Sehr geehrter Herr Dr. Sperber, mich deucht Ihren Lebensunterhalt betreffend haben Sie keine Berührungspunkte zur DRV-Rente. Mit wenigen Ausnahmen wie Ihnen ist es unumstritten, dass die Rentenkasse seit Konrad Adenauer in Summe bis heute in der Größenordnung einer ¾ Billion Euro für versicherungsfremde Leistungen beraubt wurde, für die „Vater Staat“ keine, bzw. unzureichende Zahlungen an die „Kasse“ leistete, seine Repräsentanten sich aber stets für

die daraus geleisteten sozialen Wohltaten rühmten. Sie blenden aus, dass das Rentenniveau auch für den Einzahler mit den höchstmöglichen Rentenpunkten durch stetes Drehen an den Schraubchen, zum Beispiel Erfindung des nach Belieben der Politik händelbaren Nachhaltigkeitsfaktors, stetig sank. Betrag in der Spitze Ende der 1970er-Jahre das Standardrentenniveau, also das Verhältnis aus Durchschnittsrente nach 45 Beitragsjahren zum Durchschnittseinkom-

men aus rentenversicherungspflichtiger Erwerbstätigkeit (beides vor Steuern), noch fast 60 %, sind es heute vergleichbar nur noch 48 %. Der Wert eines Rentenpunktes, und darauf kommt es explizit an, leitet sich ergo selbstverständlich vom Kasseninhalt ab. Hart, aber wahr.

Georg Schuster
Penzberg

Vielen Dank, Herr Dr. Helmut Sperber, dass Sie uns Rentnern endlich erklärt haben, wie unsere Rente nach (nie

nachvollziehbaren) Entgeltpunkten berechnet wird. Das wussten wir gar nicht. Sicher haben Sie sich eingehend mit dem Rentensystem der dummen Mehrheit beschäftigt und freuen sich diebisch, dass Sie, wie ich annehme, Ihre Altersbezüge aus einer berufsständischen Versorgung oder einer Pension beziehen oder beziehen werden und sich über unsere solidarischen Rentenbezüge köstlich amüsieren. Gratulation und viel Spaß!

Hannelore Berkold-Strehle
München

Das wäre so einfach

Corona leert die Rentenkasse; Titelseite 18. Mai

So, so jetzt haben wir in der Causa Rentenkasse endlich einen Schuldigen. So leicht sollte man es sich aber nicht machen, hat es doch die Politik seit Jahrzehnten versäumt, ein sozial gerechtes Rentensystem einzuführen. Dabei wäre es so einfach: Alle, die Geld aus der Rentenkasse beziehen, müssen einzahlen, siehe Österreich, die Schweiz usw. Dort zahlen alle, die einer geregelten Arbeit nachgehen, vom Selbstständigen, Freiberufler bis zum Beamten, Beiträge in die Rentenkasse. Bei uns zahlen die ohnehin in der Arbeitswelt oft bevorzugten Beamten keinen müden Cent an Beiträ-

gen. Das ist eine nicht mehr hinnehmbare Ungleichbehandlung gegenüber allen sonstigen Einzahlern! Während Beamte und im Öffentlichen Dienst Beschäftigte derzeit vom Dienst befreit mit vollen Bezügen zu Hause sitzen, bekommen sonstige Arbeitnehmer, die in Kurzarbeit geschickt werden, 60 % ihrer Bezüge (eventuell bald 80 %). Fairerweise füge ich an, dass einige freigestellte Beamte ehrenamtliche Leistungen erbringen. Das verdient meinen Respekt!

Es stellt sich ohnehin die Frage: Ist das Beamtentum – ein Relikt aus der Kaiserzeit – heute noch zeitgemäß? Ich denke, es gehört abgeschafft.

Kurt Weber

Schliersee